SABOTAGE

kostenlos, aber nicht umsonst!

ZEITUNG FÜR DEN AUFBAU DES AUTONOMEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS IM RHEIN-MAIN-NECKAR-RAUM

★ 5/96

MIT PROGRAMM DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

SABOTAGE

Sorry!

Auch wir geraten - trotz der in letzter Zeit des öfteren heraufbeschworenen redaktionellen Routine - manchmal in terminliche Bedrängnis. Vor allem dann, wenn der „verantwortliche" Teil dieser Redaktion meint, in kleinbürgerlicher Manier geographischen (und mentalen) Abstand zu den hiesigen Alltagssorgen gewinnen und „Urlaub" in anderen Breitengraden machen zu „müssen". Deshalb konnte der uns sonst so wichtige Zeitplan für die Aprilausgabe beim besten Willen nicht eingehalten werden, auch wenn uns die unterschiedlichsten Materialien noch rechtzeitig erreicht hatten. Trotz dieser Verzögerungen doch noch eine Aprilnummer auf den Markt zu werfen, wäre ineffektiv gewesen - sie wäre frühestens Mitte des Monats fertiggestellt gewesen. Deshalb haben wir uns gedacht, diese Ausgabe ganz zu canceln und uns lieber darum zu bemühen, mit der Mainummer etwas früher als sonst zu erscheinen - natürlich in etwas dickerem Umfang. Für dieses unvorhergesehene Mißgeschick an dieser Stelle ein Sorry! Wir hoffen, in Zukunft unsere Verdrängungstaktiken in Zaum halten und uns wie-

Inhaltsverzeichnis:

geschichte des widerstandes

6 Gegen das Vergessen! - Gegen die Herrschernde Geschichtsfälschung!

politische gefangene

8 Freiheit für Hanna Krabbe!

antiimperialismus

9 Soldaten sind Mörder - Ausstellung zu den Kriegsverbrechen Deutschlands in Jugoslawien

repression

12 Polizeilicher Angriff im Inneren

staatlicher rassismus

14 Abschiebung im Ex- und Hopp-Verfahren

politische gefangene

15 Freedom Run 1996 for Leonard Peltier and all indigenous peoples

16 **programmübersicht antifa**

18 Kein Kongreß "Science/ Fiction" in Heidelberg! Keine Legitimation von Selektions- und Mensch-nach-Maß-Praktiken!

23 Rückblick

sonstige sabotage

26 Demos & Veranstaltungen

28 Einlassung eines Angeklagten vor Gericht zum Prozeß wegen des Polizeiüberfalls auf das Autonome Zentrum HD am 16.02.95

30 Märchen vom Baum "Es war einmal ..."

der ganz „der Sache“ widmen zu können.
Wir sind als Teil einer sich außerparlamentarisch organisierenden Opposition zwar nicht unbedingt der Meinung, daß sich in den unterschiedlichen deutschen Landtagen jene Machtzentren orten lassen, über deren personell festmachbare Kontrolle sich dann bundesweit relevante Politiken aktivieren lassen; aber jede Wahl dazu kann doch als realgewordener Ausdruck eines „kleinen“ gesellschaftlichen Stimmungsbildes interpretiert werden. Und wenn dann gerade in den baden-württembergischen Landtag Ende März 1996 entgegen des bundesweiten Abstiegstrends zum zweiten Mal hintereinander die rechtsextremen REPs hineingewählt werden (437 186 WählerInnen = **9,1** %) und schon von schwarzbraunen Koalitionen (auch für Bonn) träumen können (CDU: **41,3** %), dann heißt das für uns als radikale Linke, daß wir es hier in unserem direkten sozialen Umfeld weiterhin mit einer extrem reaktionären Politik zu tun haben, die uns (und alle anderen systemfeindlichen linken Gruppierungen) unter Zuhilfenahme altbewährter Repressions- und Spaltungsinstrumentarien gänzlich auszulöschen versucht.
Dort, wo sich hier selbstverwaltete, eigenbestimmte, autonome Strukturen auszubreiten versuchen, werden die staatlichen Gegenmaßnahmen nicht lange auf sich warten lassen. Besetzte Häuser, Zentren, Plätze, unabhängige Jugendhäuser oder sonstige raumgewordene Versuche, der an Herrschaftsausübung gekoppelten Durchkapitalisierung nahezu aller Lebensbereiche nichtprofitorientierte, solidarische Zusammenhänge entgegenzusetzen, werden im ordnungs- und autoritätshörigen „Musterländle“ bedroht sein wie schon lange nicht mehr. Wir brauchen die wenigen Orte, die uns im Kampf geblieben sind, um dort **kollektiv** Widerstand entwickeln zu können gegen die menschenverachtenden Programme derjenigen, die uns beHERRschen und in ihr ausbeuterisches System zwingen wollen.
Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir uns am 18. Mai 1996 um 11.00 Uhr in Mannheim vor dem JuZ in der Käthe Kollwitzstraße treffen wollen:

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 1000 St.

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

HERAUSGEBER:

Autonomes Redaktionskollektiv

Kontakt Rhein-Main:

Äußerer Umschlag:
EFH
AStA - Antifa Referat
Zweifalltorweg 12
64293 Darmstadt

Innerer Umschlag:
Sabotage

Kontakt Rhein-Neckar:

c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimer Str. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht umbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

ViSdP: Kalle Blomquist

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

"FÜR DEN ERHALT AUTONOMER UND SELBSTVERWALTETER ZENTREN UND HÄUSER

Anfang der 70er Jahre kam es in vielen Klein- und Großstädten der damaligen BRD zu einer neuen Jugendbewegung, die mit der Forderung nach eigenen, selbstverwalteten Jugendzentren an die Öffentlichkeit trat. Gleichzeitig entstand in vielen Städten eine HausbesetzerInnenbewegung bis in die 80er und 90er Jahre hinein. Beiden Bewegungen war eines gemeinsam: sie eroberten sich die Freiräume, die ihnen die HERRschende Gesellschaft verweigerte! Diese Freiräume mußten überall hart erkämpft werden, und von Anfang an versuchten die Herrschenden, durch breitangelegte Kriminalisierungen und mancherorts auch durch offenen Polizeiterror diese Zentren politisch zu vernichten. Seit dem Untergang der realsozialistischen Gesellschaftsformen verstärkt sich der Druck zuschends: in einer Zeit, in der der Staat BRD nach Vorherrschaft in der Welt strebt, dem Nationalismus wieder in aller Offenheit das Wort geredet wird, soll linke Opposition nach den Vorstellungen der Herrschenden keinen Raum mehr haben. Versuche, unsere Zentren zu zerschlagen, sind in vollem Gange:

So wird in **Mannheim**, nachdem die Stadt ihre eigene Jugendarbeit durch die Schließung städtischer Jugendhäuser kaputtgemacht hat, alles unternommen, auch das nun schon seit 23 Jahren bestehende JuZ in Selbstverwaltung kleinzukriegen. Dies fing an mit dem klammheimlichen Verkauf des alten Gewerkschaftshauses in O 4 an einen der größten Kapitalisten der Stadt: Engelhorn & Sturm (und der damit verbundenen Verlagerung des JuZ in Selbstverwaltung aus der nur noch auf Kommerz und Konsum getrimmten Innenstadt an die Peripherie) und geht weiter mit immer neuen Anläufen, das JuZ finanziell ausbluten zu wollen.

Das autonome Zentrum „Haus Meinusch" und die Wagenburg in **Mainz** sollen nach den Plänen des StudentInnenwerks einem noblen Hotelbau weichen.

Das besetzte Haus „Steffi" in **Karlsruhe** einem angeblichen Altenheimbau des Diakonievereins. In **Speyer** wurden dem „Schwarzen Loch" die ohnehin schon sehr beengten Raumverhältnisse noch weiter eingeschränkt.

Und in **Heidelberg** sollen dort, wo sich das Autonome Zentrum befindet, Sozialwohnungen errichtet werden.

Da den Stadtparlamenten alles lieber ist als eine aktive Linke, die auch noch mitten in den Städten ihre Treffpunkte hat, lassen sie nichts unversucht, diese aus den Innenstädten hinauszudrängen, wie sie auch alles daransetzen, billigen Wohnraum zu vernichten. Um hierfür Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, fängt mensch mit gezielter Medienhetze an, leitet über zu polizeilichen Rollkommandos, offenem Polizeiterror und Häuserräumungen.

Nun soll das AZ Heidelberg daran glauben: **Seine Schließung steht unmittelbar bevor!!!**

Dagegen, wie auch gegen die beabsichtigte Zerschlagung weiterer Zentren in unserer Region, richtet sich unsere Demo.

Gegen die Schließung des AZ Heidelberg!
Für selbstbestimmtes Wohnen, Leben und Arbeiten!
Autonome, selbstverwaltete Strukturen, Häuser und Zentren aufbauen und verteidigen!"

Zu den Texten in dieser Ausgabe: Der auf den Seiten 12 und 13 zu findende Artikel zur Situation (illegaler) MigrantInnen macht noch einmal deutlich, mit welcher Situation Menschen, die aus unerträglich gewordenen Verhältnissen fliehen müssen, hier konfrontiert sind. Dazu „paßt" dann auch ganz gut der Artikel „Abschiebung im Ex- und Hopp-Verfahren" (Seite 14), der noch einmal genauer auf die weitere Verschärfung des ohnehin menschenunwürdigen „Ausländergesetzes" eingeht. Er ist der ebenfalls monatlich erscheinenden Programmzeitschrift "Terminator" entnommen, auf die wir schon öfters zurückgegriffen haben. Von hier aus noch einmal ein Dankeschön und: Steffi bleibt!

Um diese Ausgabe etwas aufzulockern, veröffentlichen wir auf den Seiten 30 und 31 mal

wieder ein Märchen, das von einem Baum handelt, der nicht *so* wachsen darf, wie *er* will. Die Ausstellung „Soldaten sind Mörder" hat in Heidelberg für medial ausgeschlachtete Furore gesorgt. Wir drucken dazu auf den Seiten 9 bis 11 den Text der Jugoslawien-Bulletin-Redaktion ab (Stand: 14.04.1996). Obwohl der australische „Bioethiker" Peter Singer, der mit seiner präferenzutilitaristischen Philosophie unter kapitalistischen Nützlichkeitserwägungen die Menschen nach verschiedenen Selektionskriterien einzuordnen versucht, zu der für den 03.05. geplanten Veranstaltung „science/fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie"aufgrund befürchteter gewalttätiger Auseinandersetzungen mit GegnerInnen wieder ausgeladen wurde, haben Behinderten-Gruppierungen, das „Forum gegen die neue Euthanasiedebatte" und Antifas überregional zu Gegenmaßnahmen mobilisiert. Aus der Fülle der mittlerweile veröffentlichten Flügblätter, Interviews und sonstigen Infomaterialien haben wir uns für den Abdruck des Flugblattes der Autonomen Antifa HD entschieden (Seiten 18 bis 22). Am 19.04. hat ja nun vor dem Amtsgericht der Prozeß wegen des Polizeiüberfalls auf das AZ am 16.02.1995 stattgefunden. Obwohl mensch als AnwesendeR einen Großteil der Verhandlungszeit den positiv zu bewertenden Eindruck hatte, daß es aufgrund der eklatant widersprüchlichen Aussagen der als Zeugen geladenen Bullen zumindest für drei der fünf Angeklagten (von denen einer zuvor für verhandlungsunfähig erklärt worden war) zu einem eindeutigen Freispruch hätte kommen müssen, sah es am Ende doch eher wieder schlecht aus: Die ganze Farce endete mit drei Verfahrenseinstellungen, von denen zwei mit Geldstrafen in Höhe von 300,- bzw. 400,- DM belegt wurden, und einer Verhandlungs*vertagung*. In diesem Fall kann nicht ausgeschlossen werden, daß es zu einem späteren Zeitpunkt wegen versuchter Gefangenenbefreiung zu einer als Vorstrafe eingestuften Verurteilung kommen kann. Und das, obwohl mensch sich als BesucherIn die ganze Zeit fragen mußte, *wer* hier eigentlich auf der Ankalgebank zu sitzen hat: Die Rambos in grün, die in äußerst überzogener machtdemonstrativer Manier in unsere Räume eindringen und infolgedessen einen brutalen bewaffneten Bullenüberfall provozieren oder die Leute, die in völliger Rechtmäßigkeit handelten? Wir haben deshalb auf den Seiten 28 und 29 die Einlassung eines Angeklagten veröffentlicht, in der diese Fragwürdigkeit noch einmal zum Ausdruck kommt. Obwohl wir wissen, daß es sich bei dieser Einlassung um einen Text handelt, der *vor Gericht* verlesen wurde, haben wir auch Kritik an dem darin Gesagten; vor allem am letzten Abschnitt, wo der Traum einer identitären Demokratie rousseauscher Prägung geträumt wird: Es ist doch „naiv", im Falle dieses bürgerlich-kapitalistischen Systems von einer Demokratie zu sprechen, in der „das Volk der Staat" sei. Die Verhältnisse hier zeigen uns doch tagtäglich, daß wir es in der BRD mit einem extrem aufgerüsteten Staat zu tun haben, der mit seinen Repressionsorganen fundamentale Opposition von links schon im Keim zu ersticken versucht. Und gerade der Überfall vom 16.02. hat *von vornherein* eine politische Linie darin, einem Ort, der bekanntermaßen Treffpunkt für systemantagonistische Gruppen ist, die Möglichkeit vor Augen zu führen, ihn jederzeit (mit militärischen) Mitteln abzuräumen - und dann noch medienwirksam zu behaupten, daß Einsätze solcher Art „von den Autonomen" provoziert gewesen seien. Für uns ist der Fall klar: Die Aggressoren befinden sich auf der Seite des Staatsschutzes und der Polizei; *sie* ist - obwohl sich die Gesuchte gar nicht mehr im AZ aufgehalten hat - ins Gebäude eingedrungen, hat die Knüppel gezückt und Gegenwehr provoziert! Wir hoffen, daß der vierte Angeklagte freigesprochen wird.

Gewidmet ist die Mai-Sabotage Ulrike Meinhof, die am 9.Mai 1976 tot in ihrer Zelle im Isoliertrakt der JVA Stuttgart-Stammheim aufgefunden wurde. (Näheres dazu auf den Seiten 6 und 7) Mit dem folgenden Zitat wird sie uns immer unvergeßlich bleiben: *„Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, auch nicht länger geschieht."*

Das autonome Redaktionskollektiv

Gegen das Vergessen!
Gegen die herrschende Geschichtsfälschung!

"Politisierung heißt Aufklärung über Machtverhältnisse, über Besitzverhältnisse, über Gewaltverhältnisse."
(Ulrike M. Meinhof)

Am 9. Mai 1976 wurde Ulrike Meinhof in der JVA Stuttgart-Stammheim, 7.Stock (Isoliertrakt für politische Gefangene) bei Aufschluß der Zelle um 7.45 Uhr tot aufgefunden.

Ähnlich wie in gleichartig gelagerten Fällen - so bei der Todesnacht von Stammheim, in der am 18.10.77 Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe ums Leben kamen - war die offizielle Version schon wenige Stunden später geboren: Selbstmord.

Noch heute wird strafrechtlich verfolgt, wer nach genauer Würdigung der Todesumstände und deren Vorgeschichte von Mord spricht.

Ebenso wird die Geschichte von 25 Jahren revolutionärer Politik, für die u.a. Ulrike Meinhof steht, heute in ihr Gegenteil verkehrt, umgelogen und allenfalls zur endgültigen Erledigung juristisch aufgearbeitet. Während die Verantwortlichen für staatliche Vernichtungspolitik nie zur Rechenschaft gezogen wurden, wird heute - 20 Jahre später - ProtagonistInnen dieser Zeit der Prozeß gemacht. Aktuelles Beispiel hierfür ist der derzeit auf Eis liegende Prozeß gegen Monika Haas. Trotz Haftunfähigkeit wird der Haftbefehl gegen sie nicht aufgehoben und trotz der Rücknahme der Aussage der einzigen Kronzeugin wird das Verfahren nicht eingestellt.

Mit unseren Veranstaltungen an diesem Tag wollen wir dazu beitragen, die Geschichte des

DIE UNSCHULDIGEN IM LANDE

Die Ulrike Meinhof nicht den Tod gebracht haben
sind die, die Benno Ohnesorg nicht ermordet haben
und sie sind dieselben die keine Gefangenen foltern
und nichts wissen von Günter Routhier und von Ian MacLeod

Sie sind die, die nicht wie im Dritten Reich Roland Freisler
die Rechte der Angeklagten und Anwälte brechen
und sie sind die, die Andersdenkende nicht
verstoßen wollen von der Arbeit in ihren Berufen

Die Ulrike Meinhof nicht den Tod gebracht haben
sind die, die nicht bürokratisch und nicht erbarmungslos sind
und sie sind die von denen der Demokratie
in der Bundesrepublik Deutschland keine Gefahr droht

(Erich Fried)

"Du mußt vielleicht mal ticken, daß in dem Milieu, in dem wir kämpfen, daß gegen die Repression, mit der wir es hier zu tun haben, Empörung keine Waffe ist. Sie ist stumpf und so hohl. Wer wirklich empört, also betroffen und mobilisiert ist, schreit nicht, sondern überlegt sich, was man machen kann." (Ulrike Meinhof)

linken Widerstands zu erhalten. Nur aus dem Wissen um die Geschichte von revolutionärer Politik - auch der letzten 25 Jahre - ist es möglich, Wege zu suchen und zu finden, aus der momentanen Krise der revolutionären Bewegung in der BRD wieder Schritte nach vorne zu entwickeln.

Ulrike Meinhof muß in unserer Erinnerung weiter leben. Wir wollen deshalb versuchen, an diesem Tag dem Mensch, der Genossin und der Revolutionärin Ulrike Meinhof näher zu kommen.

Ihre Geschichte steht exemplarisch für alle, die im Kampf gegen das imperialistische System zu Tode kamen.

Für uns spielt es daher auch eine entscheidende Rolle, am 20. Todestag von Ulrike Meinhof die Frage nach den Umständen ihres Todes wieder zu stellen.

Bei einem Besuch ihrer Schwester im Köln-Ossendorfer Knast hatte Ulrike Meinhof erklärt: "Nur solange einer lebt, kann er aufstehen und kämpfen. Wenn du hörst, ich hätte mich umgebracht, dann kannst du sicher sein, es war Mord!"

Eine internationale Untersuchungskommision, die ihren Tod untersuchte, kommt zu dem Ergebnis: "Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen... ist jeder Verdacht gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß die Geheimdienste - neben dem Gefängnispersonal - Zugang hatten zu den Zellen des 7. Stocks, und zwar durch einen getrennten und geheimen Eingang."

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

„Was Ulrike Meinhof umgebracht hat, waren die deutschen Verhältnisse. Der Extremismus derjenigen, die alles für extremistisch erklären, was eine Veränderung der Verhältnisse auch nur zur Diskussion stellt." (Klaus Wagenbach)

Veranstaltungen des Infobüros für die Freiheit der politischen Gefangenen Heidelberg und des Antifa AK der FSK HD am Samstag, den 11. Mai 1996 zum 20. Todestag von Ulrike Meinhof im Haus der Studierenden, Marstallstraße Heidelberg

12.00 Uhr: Austellung von politischen Plakaten der 70er und 80er Jahre, so-wie Infostand und Büchertisch

14.00 Uhr: Film "Bambule" - Dieser Film, vom Südwestfunk produziert, wurde im April 1970 gedreht und sollte im Mai 1970 ausgestrahlt werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde Ulrike Meinhof aber bereits seit einer Woche wegen der Befreiung von Andreas Baader gesucht. Der Film fiel der Zensur zum Opfer und wurde nach 20 Jahren erstmals gesendet.
Er zeigt die Situation im Westberliner Fürsorgeheim "Eichenhof". Die Mädchen, die in diesem Film spielen sind überwiegend Fürsorgezöglinge und stellen sich selbst dar. Lediglich die Rollen der Erzieherinnen wurden von Schauspielerinnen übernommen.

16.00 Uhr: Film "Was aber wären wir für Menschen..."
Geschichte der RAF und der politischen Gefangenen 1967 bis 1977

19.00 Uhr: Veranstaltung zu Ulrike Meinhof und den Anfängen des bewaffneten Widerstands in der BRD
Mit Monika Berberich, Kampfgefährtin von Ulrike Meinhof und ehemalige Gefangene aus der RAF

Freiheit für Hanna Krabbe!

Hanna Krabbe wurde im April 1975 als Angehörige des Kommandos *Holger Meins* der RAF bei der Erstürmung der Botschaft der BRD in Stockholm durch Sicherheitskräfte festgenommen. Mit der vorangegangenen Botschaftsbesetzung hatte die RAF die Freilassung aller Gefangenen aus bewaffnet kämpfenden Gruppen in der BRD durchsetzen wollen, um sie der Verfügungsgewalt des Staates und damit der systematischen Zerstörung durch die Isolationshaft zu entreissen. Ende dieses Monats soll für Hanna Krabbe das 22. Jahr ihrer Gefangenschaft beginnen: 21 Jahre in Einzel- und Kleingruppenisolation, die letzten Jahre unter modifizierten Sonderhaftbedingungen liegen dann hinter ihr.

Anfang der 80er Jahre konnte nach fünf Jahren Einzelisolation Hannas Verlegung in die Kleingruppe gefangener Frauen aus der RAF in Lübeck durchgesetzt werden. Seit der Freilassung Irmgard Möllers und Christine Kubys ist sie dort als politische Gefangene alleine und befand sich zwischenzeitlich erneut mehrere Monate in fast vollständiger Isolation.

Ihr täglicher Kampf ist der aller politischen Gefangenen: der Kampf ums Überleben als Mensch, der Kampf gegen den permanenten Versuch, sie als politisch denkende Menschen zu brechen. Weil Hanna Krabbe aber trotz alledem weiterhin den Kern ihrer politischen Vorstellungen nicht widerruft, soll sie der staatlichen Verfügungsgewalt ausgesetzt bleiben, bis auch ihre letzten Reserven aufgezehrt sind. Für sie wie für ihre gefangenen GenossInnen soll das Urteil „lebenslänglich" tatsächlich lebenslange Haft, mindestens aber Haft bis zur nicht wieder behebbaren vollständigen Erschöpfung bedeuten, so das staatliche Kalkül. Diesem Kalkül dürfen sie nicht länger ausgesetzt bleiben, sie alle brauchen die Freiheit!

Hanna Krabbe muß jetzt endlich sofort und bedingungslos freigelassen werden!

Freikommen wird sie aber nur, wenn die politisch Verantwortlichen zu der politischen Entscheidung gebracht werden, sie nicht länger gefangen zu halten. Und dazu wiederum benötigen die unterschiedlichen Initiativen dringend Geld. Zu diesem Zweck ist jetzt in Berlin ein Konto eingerichtet worden, auf das Spenden überwiesen werden können: L. Fischer, Stichwort: „Freiheit" - Berliner Bank (BLZ 100 200 00), Konto Nr. 64 84 83 6 100.

(Weitere Informationen und Kontakt über: AK Kassiber c/o Infoladen M99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin)

Soldaten sind Mörder

Ausstellung zu den Kriegsverbrechen Deutschlands in Jugoslawien

Am 6. April 1941 begann die Wehrmacht mit der Bombardierung Belgrads die Zerschlagung Jugoslawiens. Der 55. Jahrestag war Anlaß zu einer Ausstellung im Eine-Welt-Zentrum im Kulturhaus Karlstorbahnhof, die unter dem Titel "Soldaten sind Mörder" seitdem in den regionalen Medien und der Heidelberger Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit sorgte. Gezeigt werden in der von der Redaktion des monatlich erscheinenden Jugoslawien-Bulletins und der Rechtshilfegruppe Bunte Hilfe Heidelberg organisierten Ausstellung vor allem historische Fotos und Dokumente aus der deutschen Besatzungszeit, die unter anderem in Reproduktion vom Militärgeschichtlichen Museum Belgrad (Vojnoistorijski Muzej Beograd) und dem Historischen Archiv der Republik Serbien (Istorijski Archiv Srbje) zur Verfügung gestellt wurden. Die Ausstellung steht im Kontext der aktuellen Diskussion, in der die deutschen Verbrechen in Jugoslawien vor allem auch an Serben während des Zweiten Weltkriegs verdrängt, verharmlost und relativiert werden.

Vor dem Hintergrund der Stationierung von Bundeswehrsoldaten im zerstörten Jugoslawien kommt der Ausstellung eine besondere Aktualität zu. Die Sprachverdrehung ist groß, wenn Politiker der etablierten Parteien der Bundeswehr scheibchenweise den Weg in den Krieg ebnen. „Humanität", „Friedenssicherung" und „Verantwortung" sind die gebräuchlichsten Vokabeln, um zu rechtfertigen, daß das deutsche Militär wieder international aufmarschieren soll.

Im Gegenzug soll Kritik am deutschen Militär – etwa in Form des Tucholsky-Zitats – mit einem Sonderrecht im Stile des preußischen Untertanenstaates kriminalisiert und mit mehrjähriger Haftstrafe bedroht werden.

Nur wenige Tage nach Eröffnung der Ausstellung sorgte der Heidelberger Bundestagsabgeordnete der CDU, Dr. Karl A. Lamers, mit seiner Aufforderung, die Ausstellung so schnell wie möglich wieder zu schließen, in den hiesigen Medien für Furore.

Die unter anderem in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 12.4.96 wiedergegebene Verlautbarung des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Lamers, mit der er gegen die noch bis zum 8.Mai im Heidelberger Karlstorbahnhof zu sehende Austellung "Soldaten sind Mörder – Kriegsverbrechen Deutschlands in Jugoslawien" Stellung bezieht, verhöhnt auf erschreckende Weise die Opfer von Wehrmacht und nazistischem Terror: Die „weit überwiegende Mehrheit der Soldaten der Wehrmacht", so schreibt der Abgeordnete Dr.Lamers doch wirklich, habe "ehrenhaft gekämpft". Wie kann ein Kampf für ein verbrecherisches Regime, und zumal für jenes verbrecherische Nazi-Deutschland, denn in irgendeiner Weise "ehrenhaft" gewesen sein?

Natürlich stimmt es, daß viele der Wehrmachtsangehörigen ohne und teilweise auch gegen ihren Willen Soldat waren, und daß die Frage individueller Schuld der einzelnen Wehrmachtsangehörigen individuell beantwortet werden muß. Aber das meint die

Frage, inwiefern sich ein Wehrmachtsangehöriger ehrenhaft verhalten hat, und das heißt gerade: ob er so wenig bzw. so 'schlecht' wie möglich gekämpft und sich somit innerlich in keiner Weise mit dem Soldatsein und der Wehrmacht identifiziert hat.

Doch auch ein solcher, Beförderungen und Auszeichnungen der Nazi-Armee bewußt nicht anstrebender, also um ethisches Handeln bemühter deutscher Soldat fungierte letzlich als Rädchen in der Mord-Maschinerie der Wehrmacht. Genaugenommen kann man deshalb nur davon sprechen, daß er sich als Individuum nicht schuldig gemacht hat. Wirklich "ehrenhaft" im Sinne des Wortes verhielten sich hingegen nur sehr wenige Wehrmachtsangehörige. Hier sind in erster Linie die Deserteure zu nennen, die sich der Wehrmacht und ihrem Krieg zu entziehen versuchten - aber insbesondere auch solche Menschen wie beispielsweise Josef Schulz, der sich weigerte, in Smederevska Palanka an der Erschießung serbischer Gefangenen teilzunehmen, und deshalb selbst erschossen wurde, oder etwa August Heller, der im Herbst 1941, also auf dem Höhepunkt der nazistischen Macht, sich bei Cacak in Mittelserbien einer Partisaneneinheit anschloß und bei den anschließenden Kämpfen um Kraljevo fiel.

Liest man die in der RNZ wiedergegebene Verlautbarung von Dr. Lamers, kann man sich nur schwer vorstellen, daß er die von ihm als "skandalös" diffamierte Ausstellung bis dato überhaupt gesehen hat. Da schreibt er doch tatsächlich – so die Wiedergabe seiner Äußerungen in der Rhein-Nekkar-Zeitung – "mit manipuliertem Material" zeige die Ausstellung "angebliche deutschen Kriegsverbrechen". Dieses Wort "angeblich" impliziert, daß die im Rahmen der Ausstellung dokumentierten Verbrechen, wie etwa die Erschießung tausender Geiseln in Kragujevac, darunter auch ganzer Schulklassen, in Wirklichkeit womöglich gar nicht stattgefunden hätten oder aber gar nicht als Verbrechen zu klassifizieren seien... Doch damit nicht genug: Wenn Dr. Lamers schreibt, die "serbischen Kriegsverbrecher von heute" – hier gibt es in seiner Diktion kein "angeblich", und nicht einmal ein "mutmaßlich"! – seien noch weniger als andere dazu berufen, gegen "angebliche deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg" anzugehen, so stellt er mit dieser Formulierung von "angeblichen deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg" beiläufig keine geringere 'Frage' als die, ob es denn überhaupt deutsche Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gegeben habe!

Wie ist es bloß möglich, so muß man sich doch wundern, daß ein Abgeordneter des deutschen Bundestags, welcher immerhin die 'Auschwitz-Lüge' à la Thies Christophersen unter Strafdrohung gestellt hat, sich aus purer Publicity-Sucht und in einem blinden Bemühen zur Rettung einer nicht vorhandenen Wehrmachtsehre zu derart schlimmen Formulierungen bzw. Aussagen hinreißen läßt?

Dr. Karl A. Lamers hätte wirklich gut daran getan, die im Rahmen der Ausstellung stattgefundene Veranstaltung mit dem ehemaligen Wehrmachtsdeserteur Kurt Wafner und dem früheren Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Prof. Manfred Messerschmidt, zu besuchen. Dann wüßte er, daß keine ernsthafte miltärgeschichtliche Forschung die Verbrechen der Wehrmacht als bloße "Handlungen von Einzelperso-

nen" (so aber Dr.Lamers) klassifizieren kann, und daß jene Wehrmachts-'Ehrenerklärungen' etwa der USA oder Frankreichs aus rein politischen Gründen vor allem zugunsten von deutscher Wiederbewaffnung bzw. West-Integration abgegeben wurden – wider besseres Wissen, wie viele andere Persilscheine auch. In Wahrheit war die Wehrmacht ebenso wie die NSDAP eine der tragenden Säulen des NS-Staats und damit – bei allem in Rechnung zu stellenden Unterschied in Bezug auf die Freiwilligkeit bzw. Unfreiwilligkeit der jeweiligen Mitgliedschaft – als solche eine eindeutig kriminelle Organisation – eine Armee, die mit verbrecherischen Mitteln für verbrecherische Ziele kämpfte.

Und was nun das von Dr.Lamers über den Klee gelobte gegenwärtige Wirken deutscher Militärs anbetrifft, hätte er vielleicht doch einmal das in der RNZ vom 9.4.96 abgedruckte Photo von Mrkonjic Grad und den dort jetzt freigelegten Gräbern als Anlaß zum Nachdenken nehmen können: Diese jetzt exhumierten Toten von Mrkonjic Grad – nicht wenige weisen Spuren auf, die darauf hindeuten, daß sie als Gefangene massakriert wurden – kamen wie sehr viele andere Opfer bei der großen muslimisch-kroatischen Eroberung Westbosniens im September 1995 ums Leben, welche nur aufgrund des vorangegangenen wochenlangen Nato-Bombardements, an denen auch und sehr effektiv deutsche Aufklärungs- und andere Tornados mitwirkten, möglich geworden war. Mehr als 150.000 Menschen wurden wegen dieser, eben auch mit Hilfe der deutschen Luftwaffe bewerkstelligten, muslimisch-kroatischen Offensive im übrigen zu Flüchtlingen bzw. Vertriebenen unter teilweise an Ruanda erinnernden Bedingungen gemacht. Ist das vielleicht der "Frieden", um den sich laut Dr.Lamers die Bundeswehr verdient gemacht hat – und in Zukunft womöglich noch viel mehr verdient machen soll?

Man kann die heutige Jugoslawien- und Balkan-Politik Deutschlands, die von der sogenannten 'Anerkennungs-politik' bis hin zur Parole von Außenminister Kinkel "Die Serben müssen in die Knie gezwungen werden" ja fast immer eine Schrittmacher- und Einpeitscher-Funktion für die Politik des Westens insgesamt gehabt hat, in ihrer ganzen Tragweite nicht verstehen und nicht beurteilen, wenn die verbrecherische Vergangenheit Deutschlands auf dem Balkan und speziell in Jugoslawien ausgeblendet bzw. unterbelichtet bleibt. Das rege Interesse, das vom Publikum der Austellung "Soldaten sind Mörder" entgegengebracht wird, ist hier sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt zu einem besseren Verständnis von Geschichte und Gegenwart. Die Aufforderung des Bundestagsabgeordneten Dr. Karl A. Lamers zu einer "Schließung" der Ausstellung kann deshalb nur als ein völlig abstruses Ansinnen bezeichnet werden; bereits jetzt gibt es übrigens Anfragen, ob die Ausstellung nicht auch in weiteren Orten der Rhein-Neckar-Region gezeigt werden könnte.

Die Ausstellung ist noch bis zum 8. Mai im Kulturhaus Karlstorbahnhof zu sehen. Sie ist geöffnet: donnerstags bis samstags von 19-21.00 Uhr und sonntags von 16-19.00 Uhr; sowie bei Veranstaltungen und zu den Bürozeiten des Eine-Welt-Zentrums im Kulturzentrum Karlstorbahnhof.

Heidelberg, 14. April 1996,
Redaktion *Jugoslawien-Bulletin*

Polizeilicher Angriff im Innern

Die Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen gegen (illegale) MigrantInnen bedrohen selbstverständlich zuallererst sie, (...). Die Razzien auf Baustellen, gegen Wohnheime von VietnamesInnen, oder in Bordellen oder in den (...) Grenzregionen haben aber auch Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen in der BRD. Wichtig ist, daß alle innen- und außenpolitischen Entwicklungen in einem nationalistischen Kontext, wie er in der BRD existiert und weiter erzeugt werden soll, an Fahrt und Gefährlichkeit gewinnen.

Über die derzeit hauptsächlich gegen ImmigrantInnen gerichtete Aufrüstung erfährt der Bullenapparat eine Stärkung in personeller und technischer Hinsicht, die auch gegen andere Ziele verwendbar ist. Außerdem entsteht eine neue Rolle der Bullen, speziell des BGS, die sich sowohl in seinem Auftreten als auch in dem Bewußtsein seiner Mitglieder niederschlägt und weiter verschärfen wird. Wenn Bullen gezielt gegen Menschen mit nicht-deutschem Paß eingesetzt werden, werden sie noch rassistischer als die Gesellschaft, aus der sie kommen. Wenn Bullen spitzenmäßig ausgerüstet werden, fühlen sie sich zunehmend als Elite, als eigentlicher Machtfaktor im Land. Parallel dazu entwickelt sich ein Korpsgeist weiter, der in anderen Zeiten und Regionen bei Todesschwadronen endete...

Die eskalierende Gewalt gegen MigrantInnen bei Bulleneinsätzen ist ein Indiz für diese Entwicklungsmöglichkeit. Von der Scheinhinrichtung eines Schwarzen Festgenommenen (...) bis zu einer wirklichen Ermordung ist es nicht weit. Nicht nur in Sao Paolo, (...), auch hierzulande können Bullen versucht sein, ihre Ordnungsvorstellungen brutal durchzusetzen.

Die Zahl der in Abschiebeknästen Sitzenden liegt bei einigen tausend, und weitere Knäste werden gebaut. Die Situation in diesen Spezialgefängnissen ist mit der in „normalen" Knästen kaum vergleichbar. Während eine Entlassung dort (relative) Freiheit bedeutet, ist eine Entlassung hier die Abschiebung, schlimmstenfalls in den Tod. Der geringe Schutz, den deutsche Gefangene durch Kontakte nach draußen, durch ihre Sprachkenntnisse und rechtlichen Schritte vielleicht noch haben, fehlt bei Abschiebegefangenen fast völlig. Sie sind zudem dem Rassismus von staatlichen Schließern und privaten Sicherheitsdiensten ausgesetzt; von dem bei den Ausländerbullen grassierenden Haß ganz zu schweigen. (...)

Auf der bürokratischen Ebene werden - (...) - die Voraussetzungen für einen subtilen Zwang der Verhältnisse geschaffen. Die (noch) umstrittene „Asyl-Card", die alle Daten von Nicht-Deutschen speichern und damit den Bullen bei Kontrollen verfügbar machen soll, wäre ein Teil davon. Die Speicherung von ED-Unterlagen aller Asylsuchenden in zentralen deutschen und europäischen Computersystemen ist wie das zwangsweise Röntgen von Kindern und Jugendlichen ein anderer. (...) Der Tod eines schwerkranken kurdischen Flüchtlings, dem eine mögliche Krankenhausbehandlung aufgrund der Kosten durch die Ämter verweigert wurde, ist schließlich ein Beispiel für die Tötungsmöglichkeiten von Schreibtischtätern.

Zusätzlich zu den Schwierigkeiten und Ausbeutungsinteressen, denen MigrantInnen *generell* unterworfen sind, wird die Situation von Frauen erschwert. Es ist immer noch zu wenig bewußt, daß Frauen die Mehrheit der globalen Fluchtbewegungen darstellen - allerdings gelingt es ihnen und ihren Kindern seltener, bis in die Metropolenstaaten durchzukommen, als jungen Männern. Frauen sind vordringliches Ziel von Herrschaftsstrategien, die auf die Kontrolle der Zivilbevölkerung im Trikont ausgerichtet sind. Frauen sind zwar diejenigen, die weltweit zwei Drittel der Arbeit leisten, aber nur etwa

10% des Welteinkommens erhalten. Frauen sind von allen Formen rassistischer oder politischer Verfolgung noch zusätzlich betroffen. Kurz gesagt: Fluchtgründe sind für Frauen weltweit zwingender und zahlreicher als für Männer.

Damit nicht genug: Erfolgreich entkommen, sind Frauen auf der Suche nach Überlebensmöglichkeiten für sich und ihre Kinder in der Metropole viel mehr Widerständen ausgesetzt. Die sexistische Ausbeutung - zusätlich zur rassistischen Ausbeutung und zur Armut - bleibt (in anderer Form) als solche bestehen. Ihre Abhängigkeit von (deutschen) (Ehe-)Männern ist sehr groß, denn bei „Nichtgefallen" droht ihnen der Verlust des Aufenthaltsrechts. Als illegale Haushaltshilfe haben sie keinen garantierten Anspruch auf Lohn; sie müssen nehmen, was ihnen freiwillig angeboten wird. Als Prostituierte sind sie völlig rechtlos und von Freiern und Zuhältern praktisch ohne Grenzen ausbeutbar. Und alle Frauen finden noch viel schwerer als (Flüchtlings-)Männer Wohnmöglichkeiten für sich selbst und ihre Kinder. Die besondere Unterdrückung von Migrantinnen erfordert eine besondere Unterstützung für sie! (...)

Auf einer staatlich nicht direkt anzuordnenden, aber von staatlichen Vorgaben beeinflußten Ebene tragen die nationalistische Ausgrenzung und die zunehmende Ausbeutung zur Entwicklung eines Lebensentwurfes bei, der die harten, durchsetzungsfähigen und in der Hierarchie sich nach oben kämpfenden Individuen fordert. Der dem entsprechende Menschen-, speziell Männertyp, sieht so aus:

Sich selbst von anderen Menschen, die per Vorgabe als nicht so wertvoll wie Deutsche definiert wurden, abgrenzen; sich selbst im Job oder auf den Ämtern als immer noch besser als die (illegalisierten) MigrantInnen erfahren; sich als Mann importierter Frauen(körper) bedienen; sich als KäuferIn von billigsten Waren, - die wohl von wem produziert und von woher importiert wurden?, - profitieren; usw. Mancher dieser Privilegien läßt sich kaum entkommen, da sie nicht selbstverschuldet sein müssen; aber ihre Wirkung haben sie dennoch. (...) Dieser Menschentyp, wie er ideologisch gefordert wird, ist eine Abkehr von solidarischen Prinzipien und eine Hinwendung zum Sozialdarwinismus. Erfolg, Schönheit und Glück werden umdefiniert (...) und als Ideale verkauft und von den StaatsbürgerInnen in Abgrenzung zu den Nicht-Deutschen, Nicht-Weißen (und Nicht-Männern) für sich in Anspruch genommen. „Die Anderen" sind demnach nahezu zwangsläufig ohne Erfolg, nicht-schön bzw. höchstens „exotisch", und haben Anspruch auf Glück nur, sofern es in Deutschland nicht stört. Zu all dem trägt die rassistische und ausbeuterische Politik gegenüber ArbeitsimmigrantInnen und die deutsche Außenpolitik gegenüber osteuropäischen Ländern sehr viel bei.

Der nach innen gerichteten Aufrüstung des Polizeiapparates ein Ende bereiten!
Die sich vor allem auf den Osten konzentrierende, ausbeuterisch-imperialistische Außenpolitik der BRD durchkreuzen!
Gegen die polizeilich, bürokratisch-administrativ und gesellschaftspolitisch forzierte, gewalttätige Ausgrenzung von MigrantInnen ein Bleiberecht für alle durchsetzen!
Keine Denunziation von Flüchtlingen!
Für die umfassende Anerkennung frauenspezifischer Fluchtursachen!
Für eine rigorose Offenlegung der Arbeitsweise des BGS und eine verstärkte Veröffentlichung aller Vorfälle!

Abschiebung im Ex- und Hopp-Verfahren

Die Bundesregierung hat am 27. März gleich ein ganzes Paket von Maßnahmen beschlossen, mit denen sie die „gewalttätigen Ausschreitungen von Ausländern" bekämpfen möchte. Die weitere Verschärfung des Ausländergesetzes wird mit den „Kurdenkrawallen" der letzten Zeit begründet.

Begehen AusländerInnen in Zukunft einen schweren Landfriedensbruch, ist dies ein zwingender Abschiebegrund. Dieser Abschiebegrund hebt den ebenfalls im Ausländergesetz verankerten Ausweisschutz in Härtefällen auf. Jegliche Einzelprüfung entfällt. Als besonders schwerer Landfriedensbruch soll in Zukunft auch gelten, wenn jemand nur einen einfachen Landfriedensbruch begeht - soweit er bei einer verbotenen Demo begangen wird. Bisher liegt schwerer Landfriedensbruch vor, wenn der/die TäterIn eine Waffe bei sich hat, mit der er/sie Gewalt anwenden will oder jemand in die Gefahr des Todes beziehungsweise einer schweren Körperverletzung bringt. Dem soll in Zukunft die Verwicklung in einfache Krawalle auf einer verbotenen Demonstration gleichgesetzt werden. Der schwere Landfriedensbruch wird mit bis zu zehn Jahren Knast bestraft. Weiter will die Regierung ins Strafgesetzbuch einfügen, daß „Nichtdeutsche" ausgewiesen werden *müssen*, wenn sie unabhängig vom jeweiligen Delikt zu mindestens drei Jahren verurteilt worden sind. Bisher galt dies erst ab fünf oder acht Jahren. Bestraft werden soll nun auch der erstmalige Verstoß gegen Verbote politischer Betätigung von AusländerInnen. Außerdem soll überprüft werden, ob der Schutz sehr lange hier lebender AusländerInnen vor einer Ausweisung nicht aufgehoben werden kann. Neben diesen Gesetzesänderungen fordert das Bundeskabinett die Länder auf, bestehende Abschiebemöglichkeiten konsequent zu nutzen. Aufgefordert wird hierzu, insbesondere „Personen, von denen konkret zu befürchten ist, daß sie sich an Gewalttaten beteiligen werden", vorsorglich in Gewahrsam zu nehmen. Busunternehmen soll der Transport von AusländerInnen zu Demos untersagt, bei Zuwiderhandlung der Bus beschlagnahmt und die Konzession entzogen werden. Um sich dagegen zu schützen, daß AusländerInnen gerichtlich gegen diese repressiven Maßnahmen vorgehen, werden ihre prozessualen Rechte, die in der Verfassung verankert sind, gleich mitbeschnitten: Keine Einzelfallprüfung durch oberste Landesbehörden mehr, fordert das Bundeskabinett. Und die in einzelnen Ländern bestehenden Härtefallkommissionen sollen beseitigt werden. Ob den betroffenen Personen im Herkunftsland nach der Abschiebung Verfolgung, Gefängnis oder gar die Todesstrafe droht, interessiert die PolitikerInnen nicht. Manche abschiebewütigen Politiker wollten sogar auf rechtskräftige Urteile nicht mehr warten müssen. So forderte Schäuble (CDU): „Zumindest beim schweren Landfriedensbruch sollte die Ausweisung vor rechtskräftiger Verurteilung erfolgen können." Glos/Zeitlmann (CSU) wollten bei „klarer Beweislage durch Zeugen oder Bildaufnahmen Ausweisungen zu einem Regelfall werden lassen". Dies bedeutet, daß aufgrund dubioser ZeugInnenaussagen und Bildaufnahmen Personen ausgewiesen werden können. Folgt man diesen Vorstellungen, braucht es kein Verfahren mehr, sondern es wird nur noch eine Tatsachenfeststellung einer Behörde benötigt.

Das Unglaubliche der derzeitigen Haßkampagnen der Bundesregierung zeigt sich in den Äußerungen führender PolitikerInnen der Koalitionsparteien. Sie benutzen vollkommen ungeniert die systematischen und unbestrittenen Folterungen speziell kurdischer AktivistInnen in der Türkei für innenpolitische Zwecke. So zeigte sich Kanther in der „Tagesschau" vom 18. März fest davon überzeugt, daß die Mehrzahl der Gewalttäter, wenn sie damit rechnen müsse, in die Türkei abgeschoben zu werden, die Randale unterlasse. Der Geschäftsführer der Unionsfraktion Hörster wurde noch deutlicher: „Wer in seiner Heimat die Folter fürchte, führe sich im Gastland nicht so auf, wie dies viele Kurden getan haben."

(aus: **TERMINATOR** - Programmzeitschrift für Haifisch- und SteffifreundInnen, Karlsruhe: Stephanienstraße 60-64, Mai 1996)

Freedom Run 1996 for Leonard Peltier and all indigenous peoples

Es war einmal in Amerika
im Jahre 1976, als sich Coler und Williams, beid FBI Agenten, auf das Gelände der Pine Ridge Reservation begeben, um Jimmy Eagle zu suchen, der Cowboystiefel gestohlen haben soll ...
Zu dieser Zeit herrschten dort Gewalt und Terror. Die DorfbewohnerInnen hatten das American Indian Movement (AIM) gebeten, sie vor den Schlägertruppen von Dick Wilson (regierungstreue Indianer) zu beschützen. Es gab dort in wenigen Jahren über 300 Tote.
Kurz nach dem Eintreffen von Coler und Williams kam es zu einem Schußwechsel. Ein Indianer und beide FBI Agenten mußten ihr Leben lassen.
Zwei Indianer werden des Mordes an den FBI Agenten angeklagt, aber aufgrund ihres Selbstverteidigungsrechtes freigesprochen. Leonard Peltier sucht in Kanada politisches Asyl, wird aber aufgrund gefälschter Dokumente an die USA ausgeliefert und zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt. Obwohl das FBI in gleichem Maße für den Schußwechsel verantwortlich ist und Leonard Peltier der Mord an den FBI Agenten nicht nachgewiesen werden konnte, sitzt er bis heute im Gefängnis. Alle Möglichkeiten, das Verfahren neu zu eröffnen, sind ausgeschöpft. Die „Kommission für frühzeitige Entlassung auf Bewährung" hat Peltier geraten, sich in 15 Jahren noch einmal vorzustellen. (...)
Eine Freilassung ist nur noch durch eine Begnadigung durch das Weiße Haus möglich.
Um das zu erreichen und auf die globalen Probleme indigener Völker aufmerksam zu machen, wird es in Europa einen Lauf geben, der in Krakow (Polen) beginnt und in Genf endet. Entlang der Laufstrecke und an wichtigen politischen Orten werden Veranstaltungen organisiert, auf denen VertreterInnen indigener Völker sprechen. Es werden Unterschriften und Petitionen zur Freilassung von Leonard Peltier gesammelt und am Ende des Laufes dem Assistant Secretary-General für Menschenrechte der Vereinten Nationen - Ibrahima Fall - übergeben.
Am 15.07.96 werden die LäuferInnen und Delegierten in Heidelberg eintreffen.
Um ihre Unterbringung und Verpflegung zu finanzieren, wird im Autonomen Zentrum am 18.05. eine Soli-Disco veranstaltet.

Die Freedom Run Offices sind unter folgenden Adressen zu erreichen:
Indigenous Office c/o Descending Eagle (Bobby Castillo) 3145 Geary Bld, #517 San Francisco, CA 94118, USA; Tel.: +1 415 386 43 73
European Office c/o Nitassinan-CSIA (Sylvain Duez-Alesandrini) B.P. 317, F-75229 Paris cedex 05, France; Tel.: +33 1 43 56 69 98
Spendenkonto: Gegendruck e. V. Stichwort: **Freedom Run**; Volksbank Heidelberg (BLZ 672 900 00), Konto Nr. 211 522 00

Das Autonome Zentrum im Mai

Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00

1 Mi	**Internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung** 12.30 **Demo** gegen "Science/Fiction", Kornmarkt	**18 Sa**	11.00 **Demo** in MA für autonome Zentren/Häuser 21.30 **Solidaritäts-Disco** für **L. Peltier** und **indianischen Widerstand** in den USA
2 Do	20.00 Vokü und Kneipe der **Manischen Weststadt**	**19 So**	18.00 **Antifa-Café**
3 Fr	22.00 **Solidaritäts-Disco** für den Infoladen der Autonomen Antifa HD (**AIL**)	**20 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
4 Sa	21.30 Reggae-, Dub-, Ragga-Jungle-, Dancehall-, Dubhouse-, Ragga-**Party** für das AZ	**21 Di**	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vokü und Kneipe von **Out of Despair**
5 So	18.00 **Antifa-Café** mit Filmen ab: 19.30 1. AZ-INI-Film (Mediengruppe Schrägspur HD) 2. **POWWOW HIGHWAY** (Road-Movie, GB/USA '88)	**22 Mi**	20.00 Plenum für Organisationsfragen (c.t.!!)
6 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**	**23 Do**	20.00 Vokü und Kneipe der **Wagenburg**
7 Di	19.00 **ATA**-Treffen	**24 Fr**	21.30 **Solidaritäts-Disco** der Anarchistischen Tierrechts Aktion (**ATA**) für kriminalisierte und gefangene TierrechtlerInnen (mit Video, Infotisch, ...)
8 Mi	20.00 Plenum für Organisationsfragen (c.t.!!)	**25 Sa**	21.30 **Solidaritäts-Disco** für die **Bunte Hilfe** HD

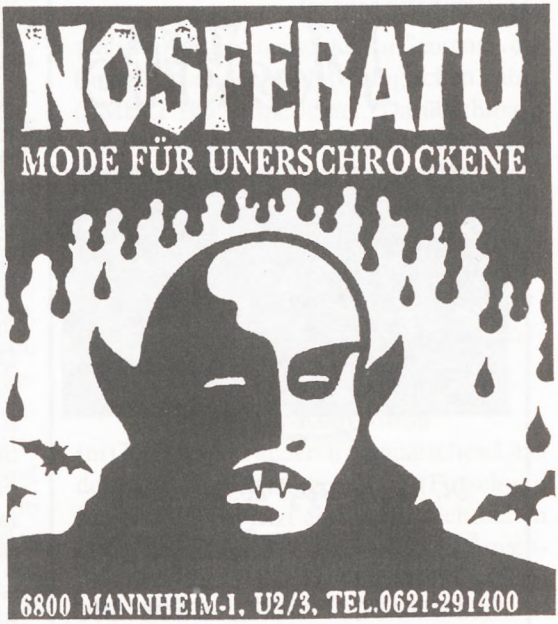
Mi	20.00 Plenum für Organisationsfragen (o.t.!!!)	Sa	21.30 Solidaritäts-Disco für die Bunte Hilfe HD
9 Do	21.30 **Konzert** mit **DACKELBLUT** und **TUESDAY WELD**	26 So	18.00 **Antifa-Café**
10 Fr		27 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 Vegane Vokü und Kneipe für Frauen und Lesben
11 Sa	23.59 **MITTERNACHTSDISCO** des **VEB laut & lästig** - "*Keine Zeit für Tränen*!" Musik bis Ultimo mit Ex-Milk **DJ UDO**	28 Di	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü mit Drogen-Info-Treff von **Cannabis Legal**
12 So	18 .00 **Antifa-Café** 20.30 **HereinspAZiert!** - Das Quiz im AZ	29 Mi	
13 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 Vegane Vokü und Kneipe für Frauen und Lesben	30 Do	20.00 Vokü und Kneipe von **Law 'n' Order**
14 Di	19.00 **ATA**-Treffen 20.00 Vegane Vokü	31 Fr	
15 Mi		1.6. SA	22.00 **MELODIEN FÜR MELONEN**: **80er Pop-Disco** für die Anti-Repressions-Gruppe HD (**ARGH**)
16 Do	20.00 Vokü und Kneipe der **Wagenburg**	**Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM** **Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen** **ab 21.30 Kultgruppe** **Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen (14-tägig)** **Sonntag, ab 18.00 Infoladen offen** **Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck**	
17 Fr	20.00 **FrauenLesben Disco**		

Kein Kongreß "Science/Fiction" in Heidelberg!
Keine Legitimation von Selektions- und Mensch-nach-Maß-Praktiken!

Vom 1. bis 5. Mai soll in der Heidelberger Stadthalle der Kongreß "Science/Fiction-Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie", veranstaltet vom Institut für systemische Forschung, einem von der Universität ausgegliederten Institut, und der Internationalen Gesellschaft für systemische Therapie e.V., stattfinden. Auf diesem Kongreß, verwirrenderweise auch als "Der Heidelberger Familientherapie-Kongreß" angekündigt, sollen "maßgebliche Repräsentanten der europäischen Familientherapie sowie prominente Geistes- und Naturwissenschaftler, Philosophen und Wissenschaftstheoretiker" (Zitat Kongreßveranstalter Fritz B. Simon) zu den entscheidenden Fragen der heutigen Wissenschaft tagen. Einer der "prominenten" Referenten sollte der australische Euthanasievertreter und Bioethiker Peter Singer[1] sein. Der als Philosoph mit utilitaristischer Denkrichtung bekannte Singer unterscheidet zwischen "lebenswertem" und "lebensunwertem" Leben und stellt somit das Lebensrecht der nach seiner Definition "Lebensunwerten" in Frage. Am 1.4.96 wurde Peter Singer aufgrund von befürchteten gewalttätigen Protesten offiziell wieder ausgeladen. Zwar richteten sich die ersten Gegenstimmen gegen Singers Auftritt, doch die Thesen, die er vertritt, werden auf dem Kongreß unabhängig von seinem Auftritt zur Diskussion stehen. So soll z.B. zum Thema "Die Entscheidung zwischen Leben und Tod" Norbert Hörster, Rechtswissenschaftler aus Mainz, referieren. Er gilt als radikaler Verfechter Singers Thesen und versucht, diese ins deutsche Rechtssystem zu integrieren. Prof. Dieter Birnbacher, Angestellter und Mitglied im Forschungsteam des „Instituts für Wissenschaft und Ethik" in Bonn[2] und Mitglied der Bundesärztekammer, arbeitet an einer Hirntoddefinition, die einen möglichst schnellen Zugriff auf die Organe des (vermeintlich) Sterbenden ermöglichen soll.
Daneben sprechen eine Reihe rechtskonservativer und reaktionärer Philosophen und Wissenschaftler (z.B. Hans-Georg Gadamer (Heidelberg), Dr. Herrmann Lübbe (Zürich) oder Dr. Rüdiger Safranski (Berlin)). "Insgesamt eine qualitative Kongreßbesetzung, wie sie in Deutschland nur selten anzutreffen ist", so die Organisationsleitung. Diese "Kongreßbesetzung" soll Themen wie "Ethik und Genetik" oder "Die Entscheidung zwischen Leben und Tod" erörtern. Der Schluß liegt nahe, daß auf diesem Kongreß die ethisch-moralische Grundlage für längst praktizierte und immer besser mögliche gentechnische Eingriffe in das menschliche Erbgut mit dem Ziel der Auslese ("Gesunde" = verwertbar - "Behinderte" = nicht verwertbar), geschaffen werden soll.
Der als Redner geladene NS-Historiker und Euthanasiekritiker Ernst Klee, dessen Einladung das Bemühen um den Anschein der Positionenvielfalt seitens der KongreßveranstalterInnen deutlich macht, sagte seine Teilnahme aufgrund P. Singers Einladung ab, da es für ihn offenkundig schien, daß "auf diesem Kongreß das Lebensrecht Behinderter akademisch in Frage gestellt werden soll".

Auch wenn als kritisch geltende WissenschaftlerInnen geladen sind, liegt auf der Hand, daß auf diesem Kongreß eine geisteswissenschaftliche Legitimation für mittlerweile zur Normalität gewordene medizinische und gentechnische Praktiken der Selektion geschaffen werden soll.
KritikerInnen des Kongresses wird häufig vorgeworfen, sie würden demokratische Grundrechte wie das der Meinungsfreiheit bzw. das des Meinungspluralismus mißachten. Voraussetzung für Meinungsfreiheit und Grundlage aller Diskussion muß aber die Anerkennung der Gleich"wert"igkeit aller Menschen sein. Wird diese - direkt oder indirekt - in Frage gestellt, ist Meinungsfreiheit unserer Ansicht nach unverantwortliche Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Natürlich sind die Fragen und Problematiken, die auf dem Kongreß diskutiert werden sollen, solche, die ständig gestellt werden, und natürlich muß mit ihnen umgegangen werden Der Ansatz kann aber nicht sein, die Gründe, die diese Fragen erst aufwerfen, unhinterfragt stehen zu lassen und zu versuchen, sich auf dieser Grundlage zu arrangieren. Vielmehr müssen diese Grundlagen - wie z.B. Verwerbarkeit und Kosten-Nutzen-Denken - angegangen werden und die Diskussionen hier ansetzen. Außerdem ist es nicht möglich, einzelne Bereich aus dem Kontext weltweiter Zusammenhänge zu reißen.

Eugenik und Bevölkerungspolitik
Die Vorantreibung der Genforschung soll der möglichst umfassenden Erkenntnis über genetische (erbliche) Ursachen von Krankheiten dienen. Es wird selbst vor der Behauptung, "Kriminalität", "Alkoholismus" oder „Obdachlosigkeit" hätten genetische Ursachen, nicht halt gemacht.
Die Verantwortung für „soziale Probleme" wird also nicht in den Umständen gesucht, sondern auf die betroffenen Menschen geschoben.
Eugenik bedeutet Auslese aufgrund von erwünschtem bzw. unerwünschtem Erbmaterial. So stellen die Humangenetik und ihre Anwendung die moderne und subtile Form der Auslese und Ausmerze dar. Zur praktischen Umsetzung wird von den folgenden Methoden, die Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung suggerieren, Gebrauch gemacht:
Humangenetische Beratung soll Frauen und Männer, die ein Kind bekommen wollen, über ihre Erbanlagen aufklären und hat bei für nicht fortpflanzungswürdig befundenen Erbanlagen das Abraten von einer



Schwangerschaft zur Folge. Dies ist nichts als die sanfte Form der Selektion, die u. a. in der gesetzlich legitimierten **Zwangssterilisation** „schwerbehinderter" Frauen gipfelt.

Vorgeburtliche Diagnostik mittels Fruchtwasseruntersuchung ermöglicht die Feststellung eines „genetischen Defekts" des Föten und stellt Frauen vor die Frage, ob sie diesen Fötus austragen wollen. Faktisch steht Frauen dann jedoch keine eigene Entscheidung mehr zu, da ihnen eine unnötige Belastung der Gesellschaft zum Vorwurf gemacht würde. Über die Gefährdung der Frau selbst durch diese Art von Untersuchung wird hierbei zudem nur mangelhaft aufgeklärt.

In Vitro Fertilisation (IVF/Reagenzglasbefruchung) stellt eine weitere Form der eugenischen Kontrolle dar. Die Möglichkeit, die genetisch am besten ausgestattete befruchtete Eizelle auszuwählen, die der Frau eingepflanzt wird, wird nicht nur „nebenbei" genutzt, sondern ist auch beabsichtigt.

„Unfruchtbarkeit" wird vorschnell (bereits nach einem Jahr ungeschützten Geschlechtsverkehrs), ohne Einbeziehen von äußeren (z. B. pharmazeutischen) oder psychischen Ursachen als „Krankheit" diagnostiziert.

Verantwortlich werden in den meisten Fällen zuerst die Frauen gemacht. Die Untersuchung wird bei ihnen als Selbstverständlichkeit gehandhabt, wohingegen Männer diese oft selbst dann verweigern, wenn erwiesen ist, daß die Unfruchtbarkeitsursache nicht bei der Frau liegt.

Durch Reproduktionstechniken wie IVF bleibt kein Raum mehr, sich mit evtl. psychischen Ursachen der Unfruchtbarkeit auseinanderzusetzen und/oder Unfruchtbarkeit zu akzeptieren. So werden Frauen durch die Möglichkeit der technisierten Fortpflanzung auf ihre Mutter- und Fortpflanzungsrolle reduziert und als Forschungsobjekte benutzt.

Unterschlagen wird, daß Frauen in psychologischen und medizinischen Beratungsstellen der „kompetenten" Ärzteschaft quasi ausgeliefert sind, völlig unzureichend über Risiken der Behandlung informiert und in ihren Entscheidungen beeinflußt werden. Diese Art der Beratung, die fließbandmäßige Abfertigung in Arztpraxen und Kliniken in Zusammenhang mit Selektionsabsichten und dem Ziel der Kontrolle über weibliche Fruchtbarkeit und Fortpflanzung, spiegeln nur allzu gut die Normalität von sexueller und medizinischer Gewalt an Frauen wider. Letztendlich reproduzieren Frauen selbst die immer vermittelte Vorstellung von dem, was

Infoladen
Moskito
Im AZ, Alte Berghelmer Str. 7a, Heidelberg

Öffnungszeiten:
Di, Do (14-tägig) 20.00 - 22.00
sowie bei Konzerten und Veranstaltungen
Bücher, Zeitungen, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Infos etc.

als "normal" gilt. Diese Maßnahmen sehen wir als die in westlichen Industrieländern wirksame patriarchale, eugenische und rassistische Bevölkerungspolitik, die in erster Linie auf die Beeinflussung der „Qualität" des Nachwuchses abzielt. Bevölkerungspolitik im Trikont sieht hingegen anders aus - hier geht es nicht in erster Linie um eine Einflußnahme auf die „Qualität", sondern auf die Quantität des Nachwuchses. Hierzu **David Griffin** (1987), Direktor des Sonderprogramms der Weltgesundheitsorganisation WHO zur menschlichen Reproduktion (WHO-HRP):

„Häufig auftretende Schwangerschaften werden zu Epidemien. Um Epidemien zu vermeiden, stellt der Antischwangerschaftsimpfstoff eine sehr attraktive Waffe dar, die in das gegenwärtige Waffenarsenal integriert werden muß."

Als kostengünstigste und unaufwendigste Methode der Bekämpfung der weiblichen Fruchtbarkeit wird die vorgeburtliche Geschlechtsdiagnostik im Trikont (den drei Kontinenten der „Dritte Welt") dazu eingesetzt, als Präventivmaßnahme weibliche Föten abzutreiben. Hierbei wird der Wunsch nach männlichem Nachwuchs (aus Gründen wie Ansehen, Altersversorgung) gezielt dazu eingesetzt, die Anzahl weiblicher Neugeborener zu verringern. Die Behauptung, es gebe zu viele Menschen auf der Welt, schließt immer auch gleichzeitig mit ein, welche Menschen zuviel sein sollen. Apokalyptische Zukunftsvisionen einer übervölkerten Welt sollen Maßnahmen legitimieren, die letztendlich einer rassistischen und eugenischen Selektion dienen. Frauen im Trikont sind diesen Maßnahmen wehrlos ausgesetzt. Zunächst einmal werden von der hiesigen Pharmaindustrie entwickelte Produkte an ihnen getestet, ohne die Frauen über Risiken und Bedeutung der Versuche aufzuklären. Frauen sind zu diesen Testprogrammen und zu diversen Maßnahmen, durch die Frauen langfristig unfruchtbar gemacht werden, gezwungen, da materielle Hilfeleistungen an die Teilnahme an solchen „Gesundheits"-Programmen gekoppelt sind.

Warum "Science/Fiction" in Heidelberg?

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Zweck, den der Kongreß „Science/Fiction" erfüllen soll (nämlich die von einigen sicher lang ersehnte Rechtfertigung der längst machbaren Praktiken), liegt u. a. die Vermutung nahe, daß dieser Kongreß nicht zufällig in Heidelberg stattfinden soll. Bereits Ende März wurde, ebenfalls in der Heidelberger Stadthalle, der Kongreß der „Human Genom Organisation" (HUGO), der weltweiten Organisation zur vollständigen Entschlüsselung des menschlichen Genoms, vom Europäischen Molekularbiologischen Labor (EMBL) HD ausgerichtet. Darüberhinaus sind Heidelberg und die Rhein-Neckar-Region eine Hochburg der Genforschung und der Vernetzung von Forschung, Technik und Pharmaindustrie. Forschungsprojekte werden von Firmen wie BASF und Boehringer finanziert, die damit die an der Universität betriebene Grundlagenforschung maßgeblich bestimmen.

Bioethik-Konvention

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern steht die humangenetische Forschung in der BRD bis jetzt auf keiner rechtlichen Grundlage. Dem soll die Bioethik-Konvention abhelfen und mit europäischer Zustim-

mung die BRD von sogenannten Tabus befreien. Damit wird die BRD von der Verantwortung freigesprochen, ständige Geschichtsaufarbeitung zu betreiben. Entwicklungen dürfen aber weder aus dem geschichtlichen noch aus dem globalen Zusammenhang gerissen betrachtet werden.

Bereits seit 1994 wird der Entwurf einer „Bioethik-Konvention" von der parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg verhandelt. Diese soll u. a. Forschung an künstlich erzeugten Embryonen bis zum 14. Tag sowie Eingriffe in das menschliche Erbgut erlauben; desweiteren die Forschung an „geschäftsunfähigen", „nicht einwilligungsfähigen" Menschen bzw. Menschen mit verminderter Geschäftsfähigkeit („Behinderte", „chronisch Süchtige", „Altersdemente").

All diese Entwicklungen sind teilweise bereits Realität. Sie ebnen den Weg in eine Gesellschaft, in der das vom Kapitalismus vorgegebene Prinzip der „Kosten-Nutzen-Rechnung" voll zum Tragen kommt. In den reichen Metropolen der „Nordhalbkugel" werden „Behinderte" oder sonstige „Nicht-Normale" herausselektiert - vermieden. Im Trikont hingegen werden ArbeiterInnenheere je nach Bedarf vermehrt oder verringert.

Wir wollen keineswegs allen WissenschaftlerInnen faschistische Gesinnung unterstellen. Die Motivation einer solchen Arbeit ist zweifellos ein gewisser Idealismus (z.B. Erfolge in der Krebstherapie durch Genforschung zu erlangen). Aber ein Idealismus der nur der bestmöglichen Versorgung der ohnehin Privilegierten dient, ist allerdings fragwürdig. Ein ernstzunehmendes Bemühen wäre es, die medizinische Grundversorgung der Weltbevölkerung zu gewährleisten, was nur durch eine Veränderung der HERRschenden Weltordnung gelingen kann. Und niemand kann sich der Verantwortung für mögliche Konsequenzen und Anwendungen seiner Arbeit entziehen, ebensowenig darf ausgeblendet werden, vor welchem Hintergrund gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen geforscht wird und in welchen (globalen) Zusammenhängen das jeweilige Betätigungsfeld steht.

Ein bißchen Töten und ein bißchen Selektion gibt es nicht!
Gemeinsam gegen den Kongreß „Science/Fiction"!

Anmerkungen:

[1] Peter Singer ist Leiter des „Institute for Human Bioethics" an der Monash-University in Melbourne/Australien. Das Institut wurde 1983 gegründet, um die ethisch-moralischen Fragen zu klären, die an im Rahmen der an der Universität betriebenen Forschung auf dem Gebiet der In Vitro-Fertilisation entstehen (z. B. Rechtfertigung des enormen Kostenaufwands, Legitimation verbrauchender Embryonenforschung). Mitttels wissenschaftlich-objektiver Betrachtung sollen Singer und sein Institut für breite gesellschaftliche Akzeptanz neuer Technologien sorgen.

[2] Das 1994 in Bonn gegründete „Institut für Wissenschaft und Ethik" wird vom Bundesforschungsministerium und vom Land NRW sowie aus Stiftungsgeldern der Großindustrie finanziert. Es gilt als seriös und angesehen. Hier arbeiten WissenschaftlerInnen von Biologie über Medizin und Philosophie bis zur Theologie an Rechtfertigungsargumenten für (geplante/bereits praktizierte) biomedizinisch-technologische Praxis, wie z. B. die Tötung von WachkomapatientInnen. Von hier aus soll der Störfaktor "kritische Öffentlichkeit" mundtot gemacht werden.

Rückblick

12.04.: „Runder Tisch" in Bad Dürkheim

Für den 13.04. hatten die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die Republikaner zum „Zweiten Runden Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz" geladen, um in diesem Rahmen eine Wahlplattform zu schaffen. Beim ersten Runden Tisch am 02.10.1995 in Ludwigshafen hatten VertreterInnen der NPD, der DVU, der Republikaner und des Bundes Freier Bürger (BFB) teilgenommen. Bad Dürkheim ist seit eineinhalb Jahren Treffpunkt organisierter Rechter, die dort aufgrund der Abgeschiedenheit immer wieder relativ ungestört in der Flughafen-Gaststätte „Landhaus Almensee" zusammenfinden konnten. Zu den Neonazi-Gruppierungen, die sich in dieser Gaststätte ein Stelldichein gaben, gehörten in der Vergangenheit neben der NPD und den REPs auch militante NeofaschistInnen aus dem Umfeld der verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands" (FAP), rechtsextreme Skinheads oder Kader der „Hilfsgemeinschaft für Nationale Politische Gefangene" (HNG).

Um diesem Treiben endlich ein Ende zu bereiten, das Treffen zu verhindern und öffentlichkeitswirksam auf die rechten Umtriebe in Bad Dürkheim aufmerksam zu machen, hatten antifaschistische Gruppen für den 13.04. zu einer Demo mobilisiert. Da es aber in der Nacht zuvor zu einem Molli-Anschlag auf das „Landhaus" gekommen war und die Faschos umdisponieren mußten, wurde die Demo kurzfristig abgesagt. Für einige *zu* kurzfristig, wie jetzt im Nachhinein bekannt wurde: Es gab nämlich AntifaschistInnen, die nicht mehr informiert wurden, und deshalb wider besseres Wissen anreisten. Wie sich dann später noch herausstellte, sollen sich die Faschos in Ludwigshafen getroffen haben: völlig ungestört!

13.04.: Demonstration „Keine Nazi-Hochburg Delitzsch (Sachsen)"

Rund 500 AntifaschistInnen waren dem Aufruf Delitzscher Antifas gefolgt, um auf die vor allem gegen Jugendliche sich richtende Gewalt ortsansässiger Neonazis aufmerksam zu machen.

„Nur wenige Kilometer außerhalb von Delitzsch, in Laue, finanziert die Stadt einen Jugendclub, dessen BesucherInnen vor der Presse mit ihrer Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene prahlen. Unter den BesucherInnen soll sich ein sogenannter »Sturmtrupp Laue« gebildet haben, dessen Mitglieder immer wieder durch nächtliche Streifzüge durch Delitzsch und Umgebung auffallen. Rechte Gewalt und Drohungen gegen Linke (...) in Delitzsch sind im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen." (Die Tageszeitung **junge Welt**, 15. April 1996, Nr. 88, Berlin: Verlag 8. Mai GmbH, Seite 4 [*„Delitzsch droht, zur Nazihochburg zu werden"* - Rubrik **inland**])

Daß die seit Dezember 1995 gegen Linke ausgesprochenen Morddrohungen durch Neonazis ernstgenommen werden müssen, zeigt die Erfahrung aus Wurzen, wo sie vor kurzem einen Punker fast zu Tode geprügelt haben.

„Wurzen gilt als Schaltzentrale für neofaschistische Aktivitäten in der Region." (**junge Welt**, ebd.)

13.04.: Demonstration gegen Rassismus und Faschismus in Zürich

Bei dieser Demo, an der sich mehr als 300 Antifa-AktivistInnen beteiligten, ist es zu stundenlangen Straßenschlachten gekommen, nachdem die Polizei *erfolglos* versuchte, die unbewilligte Protestaktion gegen Rassismus und Faschismus in der Schweiz zu verhindern. Am Hauptbahnhof setzten sie laut TeilnehmerInnen schließlich zum „überraschenden Frontalangriff" an: Aus einer Distanz von fünf bis zehn Metern feuerten sie dann ohne Warnung „mehrere direkte Gummischrotsalven auf die flüchtende Menge". Dabei wurde eine ältere Passantin durch ein Gummigeschoß am Kopf verletzt.

„Die [daraufhin einsetzende] Straßenschlacht zog sich schließlich bis 18.00 Uhr hin. Zehn Leute wurden verzeigt. Eine Gruppe, die Flugblätter aufhängen wollte, sei während acht Stunden inhaftiert worden." (Die Wochenzeitung **WoZ**, 19. April 1996, Nr. 16, Zürich: Verlag Genossenschaft infolink, Seite 8 [*„Endlich Frühling in Zürich"* - Rubrik **Inland**]) Trotzdem wird die Demo als positiv bewertet: „Zum einen sei aufgezeigt worden, wie der Staat auf Kritik reagiere - nämlich mit Gewalt. Zum anderen hätten die Medien die Demonstration für einmal nicht entpolitisiert." (**WoZ**, ebd.)

13.04.: Demonstration „Linksradikal und mietfrei ins Jahr 2000" in Berlin

Unter diesem Motto demonstrierten rund 500 Angehörige der HausbesetzerInnen- und Punkszene zum Abschluß der Berliner „Häuserkampftage", die im Ostteil der „Hauptstadt" stattgefunden hatten. Unter anderem

wurden die Rückgabe der kürzlich geräumten Häuser und der Rücktritt des Innensenators Jörg Schönbohm gefordert. Aufgrund des engen Spaliers der zahlreich anwesenden Bullizei kam es zu einzelnen Rangeleien. Bei Vorkontrollen waren zehn Personen vorübergehend festgenommen worden, weil sie Gegenstände dabei gehabt haben sollen, die „zum Vermummen oder zum Werfen geeignet" gewesen seien.

Leider scheint aber eher das Gegenteil des bei der Demo Geforderten eingetroffen zu sein: Schönbohm scheint seine harte Linie ohne Gnade durchziehen zu wollen und ließ am 17. April die BesetzerInnenbastion Alt-Stralau 46 räumen, in der auch der PDS-Abgeordnete Freke Over lebte. Die einen Tag nach der Räumung stattfindende HausbesetzerInnendemo (von der Innenstadt bis zur Spree-Halbinsel Alt Stralau) wurde am Ende von der Berliner Polizei überfallen: Ohne erkennbaren Grund „griffen sich Polizeitrupps einzelne DemonstrantInnen aus dem Demozug heraus, schlugen sie nieder, traten auf sie ein und zerrten sie an den Haaren über den Boden" (**junge Welt**, 20./21. April, Nr. 93, Seite 4 [*„Geprügelt wird am besten im Dunkeln"* - Rubrik **inland**]).

14.04.: Demonstration gegen die bevorstehenden Atommülltransporte nach Gorleben

Trotz Demonstrationsverbots fanden sich rund 2000 AtomkraftgegnerInnen in der Nähe Dannenbergs ein, um gegen Transporte von hochradioaktiven Abfällen ins Wendland zu protestieren. Zwar konnte die geplante und öffentlich angekündigte Demontage von Schienen am Dannenberger Verladebahnhof nicht im erwünschten Maße durchgeführt werden - das Großaufgebot von Polizei und BGS war einfach zu massiv. Aber trotzdem gelang es kleineren Gruppen immer wieder, sich auf oder an die Schienen zu setzen; und einmal konnten sogar vierhundert DemonstrantInnen durch die Polizeiketten hindurch auf das Gleis drängen, wo sie kurze Zeit später mit Polizeihunden und -wasserwerfern „Bekanntschaft" machten. Mehrere AKW-GegnerInnen wurden verletzt oder festgenommen. Auch nach dieser Demo hielten die Proteste gegen den Atomtransport an. In der Nacht vom 16. auf den 17. April legten AktivistInnen mehrere Feuer auf dem Schienenstrang und machten so einen Teil der Bahnschwellen unbrauchbar. Am 18. April demonstrierten am Dannenberger Ostbahnhof erneut 150 AKW-GegnerInnen.

Demos & Veranstaltungen

Mi, 01.05.: **Bundesweite Demonstration**: *Kein Kongreß „Science/Fiction" in Heidelberg - Keine Legitimation von Selektions- und Mensch-nach-Maß-Praktiken*!
Treffpunkt: 12.30 Uhr, Kornmarkt Heidelberg (Näheres dazu im Text „*Kein Kongreß »Science/Fiction« in Heidelberg*!")

Mi, 01.05.: **„Forum gegen die neue Euthanasie-Debatte"**
Im Anschluß an die Demo findet im Rahmen der Aktionen gegen den Kongreß dieses Forum statt, auf dem die ReferentInnen Dr. Michael Wunder, Erika Feyerabend und Oliver Tolmein Vorträge zu Themen wie „Historisches zur Eugenik- und Euthanasie-Diskussion" oder „Die Rolle der deutschen Bioethiker Bimbacher und Hoerster" halten werden. Danach sollen sich AG's bilden, in denen noch einmal genauer auf bestimmte Themen im Bereich der Euthanasie eingegangen werden kann.
Beginn: 16.00 Uhr, Berufsförderungswerk Heidelberg-Wieblingen

Do, 09.05.: Prozeß gegen **Gary „Rex" Lauck** in Hamburg
An diesem Tag soll der Prozeß gegen den Gründer der NSDAP/AO Gary „Rex" Lauck stattfinden. Über die „Nationalen Infotelefone" ging bereits ein Aufruf an alle „Kameradinnen und Kameraden", massenhaft zur Prozeßeröffnung zu erscheinen. Lauck, der wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda, Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten angeklagt ist, muß mit maximal fünf Jahren Gefängnis rechnen. Verteidigt wird er von dem Frankfurter Juristen Otto Sieg, der von Kollegen als „aggressiver Konfliktverteidiger, der zur Theatralik neigt", beschrieben wird. Ob der Prozeß neue Erkenntnisse zu Tage fördern wird, bleibt abzuwarten. Das Hamburger *Bündnis Kein Fußbreit den Faschisten* ist eher der Meinung, daß „Lauck und sein Anwalt den Prozeß nutzen, um ihre Propaganda unters Volk zu bringen".

Mo, 06.05.: Prozeß wegen **„Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole"** (§90 StGB)
An diesem Tag wird vor dem Amtsgericht Heidelberg der Prozeß gegen einen Menschen stattfinden, der beim Kleben des Satire-Plakates „Ja - Tapferkeit!" erwischt worden sein soll. Dieses Plakat nimmt auf ironische Weise Bezug auf die damalige Bundeswehr-Werbekampagne.
Beginn: 13.30 Uhr, Saal 5

Do, 02.05.: Veranstaltung ***„HERRschende Wissenschaft - Wissenschaft der HERRschenden"***
Im Rahmen der zum Kongreß „Science/Fiction" von der Autonomen Antifa Hd und der Antifa Hochschulgruppe Hd abgehaltenen Veranstaltungsreihe wird es bei diesem Vortrag, den ReferentInnen aus Bremen und Hamburg halten werden, um die „Normierung, Selektion, Vernichtung im Namen von Zwangsläufigkeit und Wissenschaftlichkeit" gehen.
Beginn: 19.00 Uhr, Neue Uni Hd, Hörsaal 1

Do, 09.05.: **Konzert** im AZ Heidelberg mit **DACKELBLUT** und **TUESDAY WELD**
Man nehme vier Teile Havanna Club, ein Teil Lime Juice, Eis, Zitrone, fülle das Ganze mit

A-Saft auf, rühre es um und serviere es auf Vogelsand - und man erhalte eine der besten Punk-Bands, die dieses Scheißland je hervorgebracht hat: **DACKELBLUT**. Aber Vorsicht: Einige Dackelblut-Texte können von sensiblen Gemütern durchaus als direkte Handlungsanweisungen zum Suizid interpretiert werden. Also: Kommt zahlreich, aber laßt eure Stricke lieber zu Hause! Eine Verantwortung für etwaige Entgleisungen wird nicht übernommen. Eins kann jedoch mit Sicherheit gesagt werden - Bullenspitzel mögen sie gar nicht: *„Stirb schnell, alte Petze! Mit Deinem Scheißberuf, den Du so magst ...“*
Als Support an diesem Abend übrigens **TUESDAY WELD**
Beginn: 21.30 Uhr

So, 12.05.: **Antifa-Café** im AZ Heidelberg: **HereinspAZiert**
Bestimmt haben sich einige Leute gewundert, warum das Quiz am 21.04. nicht stattgefunden hat. Uns wäre es eigentlich egal, aber wenn wir unvorhergesehen in die Absagekriterien involviert werden, dann müssen wir uns auch dazu äußern: Also, die Hauptschuld tragen - so die Aussagen der dafür verantwortlichen Szene-WG-Mitglieder - *wir* vom Autonomen Redaktionskollektiv; da es im April keine *Sabotage* gegeben hätte, wären zu wenig Interessierte erreicht worden. Außerdem hätten kurzfristig wichtige TeilnehmerInnen abgesagt, ohne die ein Quiz unvorstellbar gewesen sei. Aber die Entscheidung habe sich im nachhinein als richtig erwiesen, da an jenem Sonntag der erste schöne Tag im Jahr war und sowieso niemand ins AZ gekommen wäre ...
Für uns ist die Sache klar: Der AZ-Quiz-Leistungsdruck ist höher geworden; und die Gruppe, die das Quiz im April vorbereiten sollte, war ihm zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewachsen. Wir hoffen, daß sie ihr Lampenfieber mittlerweile überwunden hat und ein bombastisches Quiz - nur für *„Warmduscher“* und *„Wiener“*! - auf die Beine stellt. (Die Red.)
Beginn: 20.00 Uhr

Sa, 18.05.: **Demonstration mit Kundgebung**: „Für den Erhalt autonomer und selbsverwalteter Zentren und Häuser“
Treffpunkt: 11.00 Uhr, Neuer Meßplatz Mannheim (Näheres dazu im Vorwort)

Sa, 18.05.: **Solidaritätsdisco für Leonard Peltier und den indianischen Widerstand in den USA im AZ Heidelberg**
Mit Mumia Abu Jamal ist Leonard Peltier bestimmt einer der zur Zeit bekanntesten politischen Gefangenen der Welt. Für seine Freilassung findet im Sommer 1996 ein Freedom Run statt, dessen LäuferInnen und Delegierte auch in Heidelberg Station machen werden (15.07). Um ihre Unterbringung und Verpflegung finanzieren zu können, wird im AZ jetzt schon eine Solidisco durchgeführt. (Nähere Informationen zum Freedom Run entnehmt Ihr dem Text dazu in dieser *Sabotage*.)
Beginn: 21.00 Uhr

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

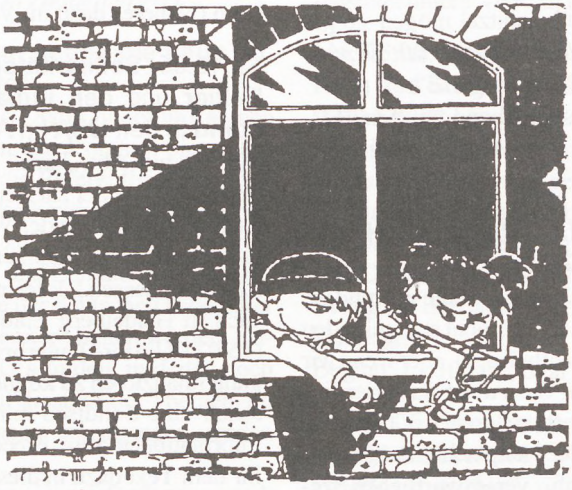
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Einlassung eines Angeklagten vor Gericht zum Prozeß wegen des Polizeiüberfalls auf das Autonome Zentrum am 16.02.1995

"In meiner Funktion als jetziger Vorstand des Trägervereins des Autonomen Zentrums - das ist der Kulturverein Gegendruck e.V. - habe ich folgende Einschätzung zu den Vorkommnissen am Abend des 16.02.1995:

Vorerst möchte ich betonen, daß die Gäste und BesucherInnen des Autonomen Zentrums keine politischen Fanatiker sind, die nur darauf aus sind, dem Staat und seinen Bediensteten zu schaden, und die, wo sie nur können, als marodierende Chaoten durch die Straßen ziehen und Polizisten verprügeln. Jeder, der schon mal im AZ war, weiß, daß es so nicht ist. Die Gäste und BesucherInnen sind Jugendliche und Erwachsene, die einfach Freude an einer bunten, kreativen und vielfältigen Kulturarbeit haben.



Das AZ wird von seinen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und den BesucherInnen als ein Ort der unkommerziellen, selbstverwalteten und selbstbestimmten Kultur gesehen. Es werden jeden Monat viele Konzerte, Discos, Filmvorführungen und Verantaltungen zu politischen Themen in eigener Regie durchgeführt. Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bekommen kein Geld für ihre Tätigkeit im AZ; sie opfern einen großen Teil ihrer Freizeit dafür auf. Auch erhält unser Kulturzentrum kein Geld von irgendwelchen übergeordneten Einrichtungen, sondern muß seinen finanziellen Erhalt selber sichern. Trotzdem sind alle Preise für Veranstaltungen, Getränke und Essen sehr niedrig gehalten (es sind Selbstkostenpreise!); niemand verdient etwas daran. (...)

Nun aber zu den konkreten Geschehnissen am 16. Februar: Ich denke, für den Fall, daß sich die zwei Beamten Herr Nußbeutel und Herr Stephan gleich zu Anfang ruhig und sachlich mit den Personen am Eingang auseinandergesetzt, ihnen ihr Anliegen geschildert hätten und nicht gleich ins Innere des Gebäudes gestürmt wären, gäbe es diesen ganzen Wirrwarr mit den verhängnisvollen Festnahmen nicht. Es kommen ja auch so manchmal Polizeibeamte zum AZ, wenn zum Beispiel bei Veranstaltungen die Musik zu laut ist. Die blieben bis jetzt immer am Eingang sstehen und haben ruhig ihr Anliegen vorgetragen. Die Tagesverantwortlichen vom AZ sind dann gekommen, haben es sich angehört und daraufhin zum Beispiel die Musik leiser gestellt; und somit war die Situation geklärt. Meines Wissens passiert so etwas nicht öfter als dreimal im Jahr.

Es ist wohl für jeden mündigen Bürger, der sich für ein Gebäude oder eine Einrichtung verantwortlich fühlt und dazu noch das Hausrecht innehat, mehr als normal, daß er bei einer anstehenden polizeilichen Durchsuchung gerne den Grund

und die Legitimation dafür erfährt und gemeinsam mit den ausführenden Beamten überlegt, wie man das Ganze unauffällig über die Bühne bringen kann. Nun, diese fiktive Situation war leider durch das Fehlverhalten der beiden Beamten nicht gegeben.

Außerdem schätze ich die Lage, nachdem ich jetzt die Akten kenne, so ein, daß kein dringlicher Handlungsgrund vorlag, der einen Einsatz mit all seinen Ausuferungen auch nur annähernd gerechtfertigt hätte. Da eine Suizidalität sowieso nur von einem Arzt festgestellt werden kann und man gewöhnlich nicht für einen Selbstmord mit FreundInnen ins AZ geht - womit ich nicht sagen will, ob die Gesuchte in unseren Räumlichkeiten war oder nicht, denn das entzieht sich meiner Kenntnis - halte ich die ganze Polizeiaktion für unverhältnismäßig. Die Art und Weise des Einsatzes beruhte alleine auf verschiedensten Vorurteilen gegenüber „Autonomen", wobei es noch festzustellen gilt, was „Autonome" überhaupt sind. Die Berichterstattung in der Presse hat gezeigt, was auch in diesem Prozeß deutlich werden wird: Der Polizeieinsatz war, was seinen Anlaß, sein Ergebnis und seine Durchführung betrifft, eine einzige Panne. Ich bin nicht dazu bereit, für einen verfehlten Polizeieinsatz als Sündenbock herzuhalten.

Da das ganze Verfahren von der Staatsschutzabteilung der Kripo Heidelberg bearbeitet wurde und bis dato noch wird, ist das ganze Geschehen auf eine politische Ebene gezogen worden, die dem eigentlichen Anlaß der Sache nicht mehr gerecht wird. Ich persönlich halte die Eröffnung des Verfahrens sowie das Einschalten des Staatsschutzes in diese Angelegenheit für falsch und überflüssig, so wie ich auch die Existenz einer Staatsschutzabteilung in einem demokratischen System wie dem unsrigen für falsch und überflüssig halte. Eine Demokratie hat es nicht nötig, vor ihren eigenen BürgerInnen geschützt zu werden, denn wir sind der Staat. Leider sieht das in der Realität anders aus. Der Staatsschutz arbeitet gegen die eigenen BürgerInnen und meistens sind gerade diejenigen Individuen Objekte seiner Begierde, die ein starkes soziales Engagement an den Tag legen und sich somit in einer exponierten gesellschaftlichen Stellung befinden.

Ich wäre froh, wenn man die ganze Geschichte vernünftig wieder aus der Welt schaffen könnte."

M.B.

Es war einmal ein Gärtner. Eines Tages nahm er seine Frau bei der Hand und sagte: „Komm Frau, laß uns einen Baum pflanzen!“ Die Frau antwortete: „Wenn Du meinst, mein lieber Mann, dann wollen wir einen Baum pflanzen.“ Die beiden gingen in den Garten und pflanzten einen Baum. Es dauerte nicht lange, da konnte man das erste Grün zart aus der Erde sprießen sehen. Der Baum, der eigentlich noch kein richtiger Baum war, erblickte zum ersten Mal die Sonne. Er fühlte die Wärme ihrer Strahlen auf seinen Blättchen und streckte sich ihnen entgegen. Er begrüßte sie auf seine Weise, ließ sich glücklich bescheinen und fand es wunderschön, auf der Welt zu sein und zu wachsen.

„Schau“, sagte der Gärtner zu seiner Frau, „ist er nicht niedlich, unser Baum?“ Und seine Frau antwortete: „Ja, lieber Mann, wie Du schon sagtest: Ein schöner Baum!“

Der Baum begann höher und höher zu wachsen und reckte sich immer weiter der Sonne entgegen. Er fühlte den Wind und spürte den Regen, genoß die warme und feste Erde um seine Wurzeln und war glücklich. Und jedes Mal, wenn der Gärtner und seine Frau nach ihm sahen, ihn mit Wasser tränkten und ihn einen schönen Baum nannten, fühlte er sich wohl. Denn da war jemand, der ihn mochte, ihn hegte, pflegte und beschützte. Er wurde lieb gehabt und war nicht allein auf der Welt. So wuchs er zufrieden vor sich hin und wollte nichts weiter, als leben und wachsen, Wind und Regen spüren, Erde und Sonne fühlen, lieb gehabt werden und andere lieb haben.

„Schau“, sagte der Gärtner zu seiner Frau, „unser Baum wächst schief. Seit wann dürfen Bäume denn schief wachsen, und dazu noch in unserem Garten? Ausgerechnet unser Baum! Gott hat die Bäume nicht erschaffen, damit sie schief wachsen, nicht wahr, Frau?“ Seine Frau gab ihm natürlich recht. „Du bist eine kluge und gottesfürchtige Frau“, meinte daraufhin der Gärtner. Hol´ also unsere Schere, denn wir wollen unseren Baum gerade schneiden.“

Der Baum weinte. Die Menschen, die ihn bisher so lieb gepflegt hatten, denen er vertraute, schnitten ihm die Äste ab, die der Sonne am nächsten waren. Er konnte nicht sprechen, und deshalb nicht fragen. Er konnte nicht begreifen. Aber sie sagten ja, daß sie ihn lieb hätten und es gut mit ihm meinten. Und sie sagten, daß ein richtiger Baum gerade wachsen müsse. Und daß Gott es nicht gern sähe, wenn er schief wachse. Also mußte es wohl stimmen. Er wuchs nicht mehr der Sonne entgegen.

„Ist er nicht brav, unser Baum?“ fragte der Gärtner seine Frau. „Sicher, lieber Mann“, antwortete seine Frau, „du hast wie immer recht. Unser Baum ist ein braver Baum.“

Der Baum begann zu verstehen. Wenn er machte, was ihm Spaß und Freude bereitete, dann war er anscheinend ein böser Baum. Er war nur lieb und brav, wenn er tat, was der Gärtner und seine Frau von ihm erwarteten. Also wuchs er jetzt strebsam in die Höhe und gab darauf acht, nicht mehr schief zu wachsen.

„Sieh dir das an“, sagte der Gärtner eines Tages zu seiner Frau, „unser Baum wächst unverschämt schnell in die Höhe. Gehört sich das für einen rechten Baum?“ Seine Frau antwortete: „Aber nein, mein lieber Mann, das gehört sich natürlich nicht. Gott will, daß Bäume langsam und in Ruhe wachsen. Und auch unsere Nachbarin meint, daß Bäume bescheiden sein müßten, ihrer wachse auch schön langsam.“ Der Gärtner lobte seine Frau und sagte, daß sie etwas von Bäumen verstehe. Und dann schickte er sie die Schere zu holen, um dem Baum die Äste zu stutzen.

Sehr lange weinte der Baum in dieser Nacht. Warum schnitt man ihm einfach die Äste ab, die dem Gärtner und seiner Frau nicht gefielen? Und wer war dieser Gott, der angeblich gegen alles war, was Spaß machte?

„Schau her, Frau“, sagte der Gärtner, „wir können stolz sein auf unseren Baum.“ Und seine Frau gab ihm wie immer recht.

Der Baum wurde trotzig. Nun gut, wenn nicht in die Höhe, dann eben in die Breite. Sie würden ja schon sehen, wohin sie damit kommen. Schließlich wollte er nur wachsen, Sonne, Wind und Erde fühlen, Freude haben und Freude bereiten. In seinem Innersten spürte er ganz genau, daß es richtig war, zu wachsen. Also wuchs er jetzt in die Breite.

„Das ist doch nicht zu fassen.“ Der Gärtner holte empört die Schere und sagte zu seiner Frau: „Stell dir vor, unser Baum wächst einfach in die Breite. Das könnte ihm so passen. Das scheint ihm ja geradezu Spaß zu machen. So etwas können wir auf keinen Fall dulden!“ Und seine Frau pflichtete ihm bei: „Das können wir nicht zulassen. Dann müssen wir ihn eben wieder zurechtstutzen.“

sonstige sabotage

Der Baum konnte nicht mehr weinen, er hatte keine Tränen mehr. Er hörte auf zu wachsen. Ihm machte das Leben keine rechte Freude mehr. Immerhin, er schien nun dem Gärtner und seiner Frau zu gefallen. Wenn auch alles keine rechte Freude mehr bereitete, so wurde er wenigstens lieb gehabt. So dachte der Baum.

Viele Jahre später kam ein kleines Mädchen mit seinem Vater am Baum vorbei. Er war inzwischen erwachsen geworden, der Gärtner und seine Frau waren stolz auf ihn. Er war ein rechter und anständiger Baum geworden. Das kleine Mädchen blieb vor ihm stehen. „Papa, findest Du nicht auch, daß der Baum hier ein bißchen traurig aussieht?" fragte es.

„Ich weiß nicht", sagte der Vater, „Als ich so klein war wie du, konnte ich manchmal auch sehen, ob ein Baum fröhlich oder traurig ist. Aber heute sehe ich das nicht mehr."

„Der Baum sieht wirklich ganz traurig aus." Das kleine Mädchen sah ihn mitfühlend an. „Den hat bestimmt niemand richtig lieb. Schau mal, wie ordentlich der gewachsen ist. Ich glaube, der wollte mal ganz anders wachsen, durfte aber nicht. Und deshalb ist er jetzt traurig."

„Vielleicht" antwortete der Vater versonnen. „Aber wer kann schon wachsen, wie er will?"

„Warum denn nicht?" fragte das Mädchen. „Wenn jemand den Baum wirklich lieb hat, kann er ihn auch so wachsen lassen, wie er selber will, oder nicht? Er tut damit doch niemandem etwas zu leide."

Erstaunt und schließlich erschrocken blickte der Vater sein Kind an. Dann sagte er: „Weißt du, keiner darf so wachsen wie er will, weil sonst die anderen merken würden, daß auch sie nicht so gewachsen sind, wie sie eigentlich mal wollten." - „Das verstehe ich nicht, Papa!" - „Sicher, Kind, das kannst du noch nicht verstehen. Auch du bist vielleicht nicht immer so gewachsen, wie du wolltest. Auch du durftest nicht." - „Aber warum denn nicht, Papa? Du hast mich doch lieb, und Mama hat mich auch lieb, nicht wahr?" Der Vater sah sie eine Weile nachdenklich an. „Ja", sagte er dann, „sicher haben wir dich lieb."

Sie gingen langsam weiter und das kleine Mädchen dachte noch lange über dieses Gespräch und den traurigen Baum nach. Der Baum hatte den beiden aufmerksam zugehört, und auch er dachte lange nach. Er blickte ihnen noch hinterher, als er sie eigentlich schon lange nicht mehr sehen konnte. Dann begriff der Baum. Er begann hemmungslos zu weinen.

TERMINE DES KULTURCAFÉ IM KARLSTORBAHNHOF IM MAI

Fr 3.5.	Noise und Core aus D und USA Spongehead + The Slags anschließend Judgement Night
Mo 6.5.	Die Hamburger All Star-Schule Camp Imperial
Fr 10.5.	Rock'n'Future-Festival Subway to Sally, Across the Border, Pukin' Dox
Di 14.5.	Härter, Schneller , Lauter, Böser Think about Mutation, Swamp Terrorists, Boilt Killes
Mi 22.5.	Die deutschen Pop-Helden Rainbirds anschließend Rollercoaster-Disco
Fr 24.5.	Local Heroes Colours, From us to you anschließend Black Music Night
Fr 31.5.	Der Poems for Laila-Macher Nikolai Tomás anschließend Rollercoaster-Disco

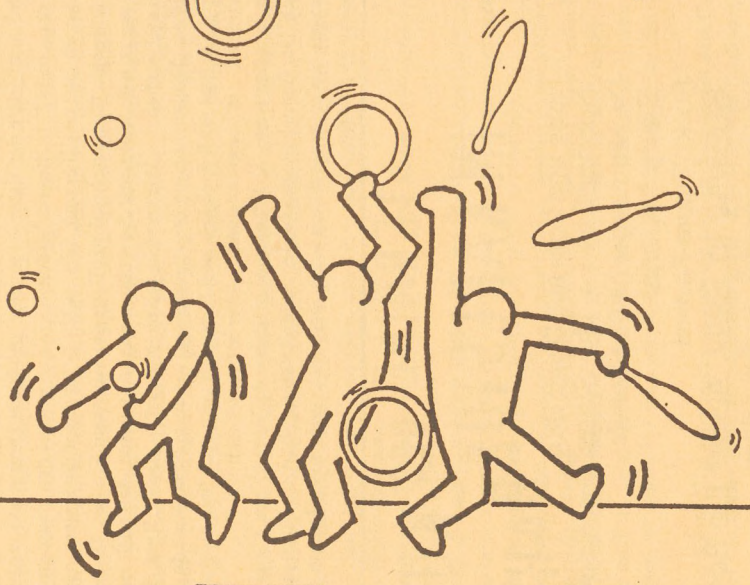
VVK im Vinyl Only + Karlstorbahnhof

NIMM DREI!

LADENGESCHÄFTE:

DREIKÖNIGSTR. 25
D-69117 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 21 99
TELEFAX 0 62 21-18 36 58

BAHNHOFSTR. 33
D-74072 HEILBRONN
TELEFON 0 71 31-8 96 00



BÜRO / VERSAND:

ALTROTTSTR. 44
D-69190 WALLDORF
TELEFON 0 62 27-46 72
TELEFAX 0 62 27-47 74

Keule&co

JONGLIERBEDARF · IDEEN · TRENDS